

Kreistag des Landkreises Altenburger Land  
Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau

**Niederschrift**

**UBA/057/2024**

der 57. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau - **öffentlicher Teil** -  
am Dienstag, dem 02.04.2024, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9,  
04600 Altenburg, Landschaftssaal

---

**Anwesenheit:**

CDU/FDP-Fraktion

Dathe, Achim  
Ronneburger, Jürgen

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Läbe, Hendrik  
Rath, Doreen

Fraktion DIE LINKE.Altenburger Land

Klaubert, Jana

Fraktion DIE REGIONALEN

Kühn, Steffen

Ausschussvorsitzende

Helbig, Carsten  
Nündel, Thomas  
Prehl, Ingo

anwesend bis 19:00 Uhr  
anwesend bis 19:40 Uhr  
anwesend bis 19:22 Uhr

beratende Mitglieder

Barth, Manuela  
Gerth, Ralf  
Hanisch, Eberhard

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

Vertretung für Herrn Melzer

Fachbereichsleiter

Wenzlau, Bernd

Fachdienstleiter

Apel, Michael

Schrifführung

Reichardt, Kerstin

**Entschuldigt:**

Landrat

Melzer, Uwe

entschuldigt

AfD-Kreistagsfraktion

Hoffmann, Thomas

unentschuldigt

Fraktionsvorsitzende

Liefländer, Klaus-Peter  
Paulicks, Alexander  
Rückert, Uwe

entschuldigt  
nicht anwesend  
nicht anwesend

Rudy, Thomas	nicht anwesend
Tanzmann, Frank	nicht anwesend
Tempel, Frank	nicht anwesend
Zippel, Christoph	nicht anwesend

beratende Mitglieder

Sierck, Jan Ole	unentschuldigt
-----------------	----------------

<b>Vorsitz:</b>	Steffen Kühn
<b>Schriftführung:</b>	Kerstin Reichardt
<b>Beginn der Sitzung:</b>	18:00 Uhr
<b>Ende der Sitzung:</b>	20:00 Uhr

**Verlauf der Sitzung:**

Der Vorsitzende, Herr Kühn, eröffnet die 57. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**Tagesordnung:****Drucksachen Nr.**

- |     |   |                        |
|-----|---|------------------------|
| 1   | Informationen, Allgemeines  |                        |
| 1.1 | Vorstellung des Strategischen Regionalentwicklungskonzeptes „Progressiver ländlicher Raum – Altenburger Land“   |                        |
| 2   | Genehmigung der Niederschrift über die 55. Sitzung vom 30. Januar 2024  |                        |
| 3   | Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung vom 20. Februar 2024   |                        |
| 4   | Anfragen der Ausschussmitglieder  |                        |
|     | <b><u>Unterbrechung zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils</u></b>   |                        |
| 5   | Beschluss zur Vergabe von Bauleistungen >250.000,00 Euro, HB-B 057-2023-15 Schloßstraße 10 in 04626 Schmölln, Umnutzung des ehemaligen Schulgebäudes als Verwaltungsgebäude, Los 15 - Sanitär-Heizung-Lüftung   | V-WUBA/0142/2024<br>nö |
| 6   | Beschluss zur Vergabe von Planungsleistungen > 25.000 Euro - Planung von Freianlagen für den Erweiterungsbau Sozialtrakt und Sanierung historische Turnhalle am Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasium Meuselwitz. Staatl. Gymnasium, Schulstr. 22 in 04610 Meuselwitz | V-WUBA/0143/2024<br>nö |
| 7   | Beschluss zur Vergabe von Planungsleistungen > 25.000 Euro - Objektplanung Gebäude und Tragwerksplanung für die Umsetzung von Brandschutzauflagen, Staatliche Grundschule Thonhausen, Dorfstr. 16 in 04626 Thonhausen   | V-WUBA/0144/2024<br>nö |
| 8   | Beschluss zu Nachtragsleistungen zur Vergabe HB-B 014-2022-8 Lindenau-Museum Altenburg, Gabelentzstraße 5, 04600 Altenburg, Grundsanieerung und Restaurierung, Los 8 - Spezialtiefbau - Nachtragsangebot 2  | V-WUBA/0146/2024<br>nö |

## TOP 1 Informationen, Allgemeines

Zu Sitzungsbeginn erinnert Herr Kühn, dass Herr Christopher Köhler, Mitglied des Kreistages, des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau und sein Stellvertreter im Ausschussvorsitz am 03.03.2024 verstorben ist. Er bittet die Ausschussmitglieder um eine Schweigeminute und sich dafür von den Plätzen zu erheben.

Weiterführend weist Herr Kühn darauf hin, dass der Ausschuss nach dem Tod von Herrn Köhler nun einen Sitz weniger hat, d. h. 8 Mitglieder, eine Stellvertreterregelung gilt in diesem Fall nicht, dies wurde rechtsaufsichtlich geprüft.

Herr Wenzlau informiert:

Im Theater läuft der 2. Bauabschnitt der Entwässerung, Ziel ist hier, wenn das Wetter mitspielt, Mitte Mai. Die Lüftungsanlage im Kronenboden ist komplett demontiert und entsorgt. Diese Woche beginnt dort der Holzschutzgutachter mit weiteren Untersuchungen. Die Demontage war ein größerer Kraftakt, da alles kleinteilig und transportabel zerlegt werden musste. Der Hinweis mit der Schere wurde aufgenommen, war aber nicht erfolgreich, da die Flügelräder aus 4 mm starkem Stahl waren, die Firma konnte aber alles sägen. Die Arbeiten im Bereich Magazin laufen diese Woche an. Dort muss eine Decke zum Dachstuhl saniert werden, hier gibt es schadhafte Holz. Letzte Woche kam die Information, dass die Firma, die das Paternosterregal baut, Insolvenz angemeldet hat. Der Verwalter hat uns aber gleichzeitig mitgeteilt, dass die Fa. den Auftrag erledigen wird. Die Lieferung erfolgt in zwei Wochen, die Montage soll dann im Mai erfolgen. Wir werden dort auch keine weiteren Zahlungen leisten, so Herr Wenzlau, und eine Bürgschaft liegt bereits vor. Wir müssen hier darauf achten, dass wir nicht in ein Zahlungsrisiko geraten, also erst die Leistung, dann das Geld. Das Ausschreibungsverfahren für den Kronenboden ist eingeleitet, das ausschreibende Büro wird voraussichtlich in der nächsten Woche soweit sein, dann erfolgt die Veröffentlichung auf der Plattform und die Frist nach dem EU-Verfahren läuft an.

Die Unterlagen für das Lindenau-Museum, so Herr Wenzlau weiter, sind alle bereits im Dezember eingereicht. Im März gab es dazu noch einmal einen Termin im Infrastrukturministerium. Dort wurden noch einige Anpassungen gefordert. Die Kosten dafür werden derzeit ermittelt und voraussichtlich Ende April liegen dann die abgestimmten Anträge im Infrastrukturministerium vor. Mit den erforderlichen Mehrkosten können wir dann nur noch das Lindenau-Museum sanieren, für die beiden anderen Maßnahmen wird nicht viel übrigbleiben. Wie wir dies dann regeln, müssen wir sehen, es laufen dazu schon vorbereitende Gespräche.

Auch die Straßenbaumaßnahmen in Pahna und in Molbitz laufen. Da es einen milden Winter gab, können die dort gesetzten Termine im April und im Mai dieses Jahres gehalten werden. Die neuen Maßnahmen sind ausgeschrieben und beginnen entsprechend.

Im Objekt Schloßstraße 10 in Schmölln laufen die Arbeiten gut. Heute steht dazu die Vergabe zum Los Heizung-Lüftung-Sanitär an. Der Prüfstatiker war letzte Woche zur Abnahme der Trägerkonstruktionen vor Ort und die entsprechenden Fundamente können vergossen werden. Im zweiten OG ist der Trockenbau soweit, dass alles installiert werden kann. Die Installationen für Elektro und Datenverkabelung laufen. Geplant ist demnächst ein Pressetermin im Objekt, was sicherlich für die Ausschussmitglieder interessant ist. Zudem könnte in der Folge auch für den neuen Kreistag ein entsprechender Termin organisiert werden.

Herr Wenzlau erinnert, dass wie geplant die Besichtigung der Grundschule Nobitz eingeordnet ist. Die nächste Ausschusssitzung am 16.04.2024 wird in der Schule stattfinden.

Herr Kühn fragt nach, ob beim Paternosterregal auch der Servicevertrag mit ausgeschrieben wurde. Er hat Bedenken hinsichtlich der Gewährleistung.

Herr Wenzlau informiert dazu, dass es bisher lediglich dieses erste Schreiben des Insolvenzverwalters gab. Es ist nicht so, dass die Fa. keine Aufträge hat, wahrscheinlich aber eine größere Zahl an Außenständen. Herr Wenzlau geht davon aus, dass der Auftrag erfüllt werden kann, die Wartungsverträge werden in weiteren Gesprächen mit der Fa. bzw. dem Insolvenzverwalter geklärt.

### **TOP 1.1 Vorstellung des Strategischen Regionalentwicklungskonzeptes „Progressiver ländlicher Raum – Altenburger Land“**

Zu diesem TOP ist Frau Feustel von der LEG anwesend. Ihr wird einstimmig das Rederecht erteilt.

Herr Apel führt in den TOP ein: Es soll das strategische Regionalentwicklungskonzept in kompakter Form vorgestellt werden. Dazu wird Frau Feustel in max. 30 Minuten Ausführungen machen und alle haben damit die Gelegenheit, Rückfragen und Verständnisfragen zu stellen. Begonnen wurde 2021, im Februar wurden die Grundzüge des Strategischen Regionalentwicklungskonzeptes in allen Ausschüssen des Kreistages und im Kreistag vorgestellt. Es gab noch einmal Anregungen aus der Runde der Mitglieder des Kreistages und seit letzten Montag steht das vollständige Dokument als Download im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung. Auf über 100 Seiten kann man sich dort in die Bearbeitung einlesen. Mit der Einladung zur nächsten Kreistagssitzung wird die Verwaltung um Bestätigung des Konzeptes bitten, es handelt sich natürlich um kein statisches Konzept, es wird sich weiterentwickeln, wir werden dazulernen, neue Schwerpunkte setzen, es ist ein lernender Prozess der sich fortsetzt. Es wird dem Kreistag mit dem Beschlussentwurf vorgeschlagen, dass mit der Bestätigung auch die Umsetzung einhergeht. In weiteren Punkten des Beschlusses besteht aller Voraussicht nach die Möglichkeit, dass wir noch vor der Jahreshälfte dieses Jahr mit der Umsetzung beginnen können und dass hoffentlich, wenn uns in wenigen Wochen die Bestätigung vom Bund dazu erreicht, nochmal unterstützt vom Bundesbauministerium mit insgesamt 495.000 Euro für die nächsten 36 Monate. Das heißt, wenn alle dem Konzept so folgen, könnten wir in die Umsetzung gehen und alle Antragsteller verschiedener Klassen, auch Private und Unternehmer, entsprechend im Rahmen des Fördermittelmanagementsystems bei der Umsetzung von Förderanträgen unterstützen. Ziel ist, wie benannt, die Steigerung der Absorptionsfähigkeit von Fördermitteln in strukturschwachen Räumen. Es geht also darum, wie es uns gelingen kann, mit dieser weiteren Förderung mehr Fördermittel ins Altenburger Land zu ziehen, um damit die Entwicklung, die beschrieben wurde, im Rahmen des strategischen Regionalentwicklungskonzeptes beschleunigt anzubieten. Dabei sind auch Mittel enthalten, wo wir punktuell auch Antragsteller unter gewissen Voraussetzungen bei vorauseilenden Machbarkeitsstudien finanziell unterstützen könnten, also auch die Sachen, die sonst manchem Antragsteller schwerfallen, könnten hier mitfinanziert werden und somit tatsächlich zu einer Beschleunigung der Regionalentwicklung führen.

Herr Apel übergibt das Wort an Frau Feustel, die im weiteren Verlauf der Sitzung für etwa 30 Minuten insbesondere auf den Punkt 5 – Entwicklungsaufgaben und Potentiale - und den Punkt 7 – Zukunftsfelder und Maßnahmen – des „Strategischen Regionalentwicklungskonzeptes „Progressiver ländlicher Raum – Altenburger Land“ unterstützt durch eine PowerPoint-Präsentation eingeht.

Herr Nüudel hinterfragt die verwendeten Sternmarkierungen.

Frau Feustel erläutert, dass diese die Projekte ausweisen, die im Investitionsgesetz Kohleregion zur Förderung vorgesehen sind.

Herr Wenzlau fragt zum Bereich Infrastruktur nach, ob die dort ausgewiesene B 7 Ortsumgehung Großstöbnitz noch aktuell Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes ist.

Frau Feustel bestätigt, dass sie dies dort entnommen hat und sagt eine entsprechende Überprüfung zu.

Herr Prehl hinterfragt, ob Projekte, wie beispielsweise die Landesgartenschau oder das Josephinum, vorgefertigte Projekte sind, die beschlossen werden sollen oder ob auch beispielsweise ein Hotel ein Projekt starten kann, für das dann Geld da wäre.

Frau Feustel ergänzt, dass dies der aktuelle Stand der Liste ist, sie ist nicht abgeschlossen. Auch im REK ist kommuniziert, die Projektentwicklung kann laufend stattfinden. Es wird entsprechend laufende Fortschreibungen geben, so dass jederzeit die Gelegenheit besteht, neue Projekte, die der strategischen Regionalentwicklung dienen, hier einzubauen und dann auch in die Umsetzung zu bringen. Die gezeigten Projekte sind der Erarbeitungsstand zum Zeitpunkt jetzt.

Herr Apel ergänzt, dass stets auch der Austausch mit der wissenschaftlichen Begleitforschung erfolgt. Es gibt Kriterien für ein strategisches Regionalentwicklungskonzept, dazu gehört auch, konkrete Maßnahmen zu benennen, die in diesem 15-Jahres-Zeitraum geeignet sind, die Ziele der Strategie zu erfüllen. Dem entsprechend müssen Projekte aufgenommen werden, die das Ziel erfüllen, die schon im Laufen sind. Es geht hier um die Zielerreichung bei der Abweichung, in der wir uns von unserem Wunschzustand befinden. Großprojekte, wie eben das Lindenau-Museum, zahlen in ganz besonderer Weise auf die Strahlkraft ein, die Landesgartenschau auch. Gerade in der Ausführung von Frau Feustel wurde ja deutlich, dass der Tourismus für uns eine mindestens doppelte Funktion hat. Zum einen dient er dazu, den Menschen vor Ort ein höheres Maß an Lebensqualität sicherzustellen, eine bessere wirtschaftliche Grundlage für die gewerbliche Gastronomie, für die Beherbergungsbetriebe zu schaffen und auch Ansätze zu bieten, dass Menschen aufmerksam werden auf die Region als möglicher Wohn- und Arbeitsort. Hier kommt eine besondere Ausgangslage unserer Region zum Tragen – unsere Nähe zu den Bevölkerungsschwerpunkten des Freistaates Sachsen inklusive der Verkehrswege, über die wir verfügen – 5 S-Bahn-Haltepunkte. Das ermöglicht uns, dass wir perspektivisch auf viel mehr Bevölkerung zugreifen können, als unsere eigene, für die Arbeitskräftebedarfe heißt das insbesondere auf die nötigen Qualifikationen für verschiedene Aufgaben. Im Landkreis gibt es fast 700 offene Stellen bei einer zurzeit leider anwachsenden Arbeitslosigkeit, es geht nicht um das numerische Decken von Arbeitsplatzbedarfen. Entsprechend müssen wir immer in größerem Kontext denken und haben glücklicherweise Nachbarregionen, die nochmals größere Beschäftigungspotentiale haben und hier müssen wir angebotsfähig sein, einmal für Unternehmen und auch für Menschen, hier ihren Wohnsitz oder ihren Arbeitsplatz zu wählen.

Herr Helbig betont, dass bei der Entwicklung der Mobilität straßenbegleitende Radwege fehlen, es gibt keine Größenordnungen, die wirklich nutzbar sind. In jeder Hinsicht sind diese existentiell wichtig für die Verkehrssicherheit, für die Erschließung des ländlichen Raumes.

Herr Apel führt aus, es gibt Radwege, das muss natürlich besser werden.

Herr Helbig entgegnet dazu, dass es nur einen ganz geringen Anteil gibt. Die Straßenkilometer kann er nicht benennen, im ländlichen Raum existieren jedoch kaum straßenbegleitende Radwege. Der Viadukt-Radweg beispielsweise ist leider nicht nutzbar für Kinder, die zur Schule wollen oder die Bevölkerung.

Herr Apel sagt zu, dieses Thema aufzunehmen. Es gibt hier einen laufenden Prozess. Seit wenigen Wochen liegt die Ausarbeitung zur Untersuchung des Freistaates Thüringen vor, wo der Freistaat die Alltagsradwege priorisiert sehen möchte. Der

Landkreis wird hier eine koordinierende Aufgabe wahrnehmen, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und den Straßenbaulastträgern. Dies zählt genauso wie Wasserstoffmobilität auf das Thema neue Mobilitätsform ein. Er wird prüfen, ob dies hinreichend deutlich verschriftlicht ist.

Frau Rath sieht die Themen Bildung und Schulen nicht berücksichtigt. Die Schulen sind teilweise in einem desolaten Zustand, so wird sich niemand hier niederlassen. Wenn wir darauf spekulieren, dass die Leute hier einpendeln zum Arbeiten, wird keiner hier abends Geld ausgeben und die Städte werden weiter sterben. Das bedauert sie sehr, es geht aus ihrer Sicht an den Bedarfen der Bevölkerung völlig vorbei. Viel Platz ist noch in den Gewerbegebieten aber wir wollen ein großes Industriegebiet ausweisen, haben aber keinen Autobahnanschluss, wir wollen viele Straßen bauen, wo sehr viele nicht begeistert sind. Für wen wollen wir das machen, machen wir das für die Bevölkerung, die schon hier wohnt? Es können nicht mal alle Kinder in die Schule gehen, da die Klassen überfüllt und die Schulen in schlechtem Zustand sind. Da müsste viel mehr Geld investiert werden. Als Beispiel nennt sie die Toilette der Mäder-Schule. Dafür ist leider kein Geld da, das hält sie für sehr traurig. Auch unsere Gebäude, die kreiseigenen Gebäude, können nicht nachhaltig gestaltet werden, gerade hinsichtlich Heizung. Das würde sie sich wünschen, nicht nur für Tourismus, Verkehr und Industrie, sondern auch etwas zu tun für die Bevölkerung, die schon hier wohnt.

Herr Apel sieht bei den genannten Punkten keinen Widerspruch zum Vortrag. Zum einen fordert ein SREK zur Fokussierung der Betrachtung auf, d. h. es darf nicht alle Belange abdecken, es ist gerichtet auf Regionalentwicklung. Regionalentwicklung ist nicht unsere Innenentwicklung als Schulträger. Alles was nicht im SREK ist, bedeutet ja nicht, dass man sich dem nicht widmen muss. Es sollen Schwerpunkte gesetzt werden für das Thema Regionalentwicklung und dass wir natürlich noch weitere Entwicklungsaufgaben haben, ist unbestritten. Gerade heute kam der neue Kreisvergleich des Freistaates Thüringen heraus, wo man sieht, wo das Altenburger Land im Vergleich zu den anderen Landkreisen steht. Wir haben einen ganz dringenden Re-Industrialisierungsbedarf im Vergleich zu den Thüringer Landkreisen. Das betrifft immer auch wieder Altstandorte, die es zu aktivieren gilt, aber wir brauchen eine grundsätzliche Angebotsfähigkeit. Da gehört natürlich auch dazu, dass möglicherweise nicht genutzte B-Plan-Gebiete auch mal zurückgefahren werden und wieder anderen Nutzungsformen, z. B. der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Das ist alles denkbar, aber für wen tun wir das, wir tun das primär immer auch für die Menschen, die hier leben und die Unternehmen, die hier arbeiten. Wir haben beispielsweise in den letzten Jahren Unternehmen gehabt, die hier seit Jahrzehnten produzieren nur hier in der Region geblieben sind, weil sofort verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen größer 5 ha vorhanden waren. Der neue Standort der Spielkarte brauchte diese Flächen, sonst hätte die Standortentscheidung anders ausfallen können, auch für die Neubauten von LSS und EDO. Hat man diese Flächen nicht verfügbar zu dem Zeitpunkt, wo das Unternehmen diese Schwelle der Entwicklung erreicht, hat das Unternehmen keine Entwicklungsperspektive am Standort mehr. Wir haben Stand heute 13.000 Auspendler und 7.000 Einpendler, das sind 5.000 Menschen, die hier bei unserer aktuellen Bevölkerungsentwicklung leben, aber ihren Arbeitsplatz nicht hier in der Region finden. Das drückt sich aus in unseren leider viel zu schwachen Gewerbesteuererträgen. Das ist alles statistisch nachweisbar – nicht im Vergleich mit Westdeutschland - im Vergleich mit Thüringer Landkreisen. Wir haben einen dringenden, ganz starken Nachholbedarf was wirtschaftliche Aktivität im Territorium des Landkreises bedeutet. Die größte Wertschöpfung ist immer in der Industrie, im verarbeitenden Gewerbe, hier gilt es wirklich oft, dort an den Punkten, wo wir starke Anknüpfungspunkte haben, diese auch wirklich zu nutzen. Wir sollten nicht die Wahrnehmung haben, dass es keine weitere wirtschaftliche Entwicklungs-

aufgabe für uns gibt. Jeder kommunale Haushalt schreit eigentlich danach, dass es uns an Gewerbesteuer und Steuerzahlern fehlt. Wenn wir die ganzen Aufgaben, auch unsere Aufgaben in der Entwicklung unserer Bildungsinfrastruktur bewerkstelligen wollen, brauchen wir mehr wirtschaftliche Kraft, die sich auch in Steuerzahlern ausdrückt hier vor Ort. Er gibt Frau Rath definitiv recht, die Schulen sind nicht in dem Zustand, wie er sich das wünschen würde. Aber das ist eine Aufgabe – nicht der Regionalentwicklung – sondern des Landkreises und des Kreistages, dafür auch die Mittel zu finden und die richtigen Entwicklungspfade einzugehen. Und wir sind nicht der einzige Schulträger, es gibt auch einen anderen, der hier auch seine Aufgabe leisten kann. Ein Strategisches Regionalentwicklungskonzept hat die Aufgabe, Fokusbetrachtungen zu identifizieren und eine der wichtigsten Grundlagen ist mehr ökonomische Basis. Die Flächennutzungskonflikte sind explizit genannt. Mit der Initiative Bodenschutz wird auch explizit gesagt, wir müssen uns dem widmen. Wir wollen nicht „auf Teufel komm raus“ der Landwirtschaft Fläche entziehen, ganz im Gegenteil. Wir wollen das im Dialog mit der Landwirtschaft. PV-Anlagen auf Freiflächen sollen primär dort umgesetzt werden, wo Landwirtschaft nicht betreibbar ist. Es sollen gezielt ehemalige Tagebauflächen oder Kiesgruben mit einbezogen werden im Rahmen der Abschlussbetriebspläne. Es sollen Flächen einbezogen werden, die aufgrund ihrer Schwermetallbelastung nicht für die Landwirtschaft nutzbar sind und Dachflächen. Auch der Industriepark hat momentan noch eine landwirtschaftliche Zwischennutzung, aber regionalrechtlich ist er seit Jahrzehnten Industriefläche, auch wenn es momentan nicht so aussieht.

Herr Kühn bezieht sich auf die Formulierung, dass man die Wertschöpfung von erneuerbarer Energie im Altenburger Land haben möchte. Aus seiner Erfahrung weiß er, dass eine 24 ha große Photovoltaikanlage bereits einmal im Altenburger Land angesiedelt war, nach 3 oder 4 Jahren wurde das Unternehmen verlegt. Ebenso gab es Windkraftanlagen, die dann die Energiewerke Augsburg aufkauften. Da muss dringend eine Lösung gefunden werden, wenn das privatrechtlich überhaupt möglich ist. Außerdem hat er beim Punkt metall erzeugende Industrie im Einklang mit Universitäten die Bergbauakademie Freiberg vermisst. Die metall erzeugenden Industrien in unserem Landkreis betreiben diese Zusammenarbeit seit Jahren. Das bittet er zu prüfen und ggf. zu ergänzen.

Frau Klaubert stellt sich die Frage, wenn auch Private oder Vereine mit Ideen in dieses Konzept passen, wie wird das in die Bevölkerung getragen? Wird es eine Anlaufstelle geben für Interessierte? Es wurde ausgeführt, es kann geholfen werden, wenn Machbarkeitsstudien u. ä. gebraucht werden. Wie läuft dieses Weitergeben in die Bevölkerung des Altenburger Landes?

Herr Apel informiert dazu, dass die Kontakte zu den Hochschulen in Veranstaltungsformaten entstehen können. Für das Fördermittelmanagement wird hier im Haus eine eigene Stelle finanziert werden, die als Ansprechpartner fungieren kann. Zudem über die Beauftragung eines Dienstleisters im Rahmen dieser Förderung, der genau diese Funktion wahrnehmen wird als Ansprechpartner und als Unterstützer bei der erfolgreichen Beantragung von Fördermitteln. Dazu würden bei Bewilligung fast 500.000 Euro für 36 Monate zur Verfügung stehen. Letztendlich versuchen wir „von Brücke zu Brücke zu geben“. Uns stehen ja noch weitere Förderungen nach der STARK-Richtlinie exklusiv zur Verfügung als Landkreis in Thüringen. Wenn diese 36 Monate weiteren Lernens, was die Instrumente angeht, sich ihrem Ende nähern, werden wir den nächsten Antrag dann nach der STARK-Richtlinie stellen können und können dann eine Verlängerung bis ins Jahr 2038 erreichen, je nachdem, welche Möglichkeiten wir haben. Es gibt immer wieder eine Brücke zu der nächsten Möglichkeit, die Akteure hier vor Ort weiter zu unterstützen, um aus eigener Kraft zu wachsen. Wir müssen eine Verbindung schaffen zur Region. Wenn der Investor keine Verbindung zur Region hat, trifft er einfach eine rein rationale Entscheidung, wie die Flächenei-

gentümer, die nicht hier leben. Sie sind die ersten, denen es leichtfällt, eine Unterschrift für eine Photovoltaik-Freifläche zu geben. Es geht darum, die heimische Wirtschaft zu stärken, am besten die vom Inhaber geführten Unternehmen. Diese können mit einem solchen Ansatz am ehesten erreicht werden, weil die konzerngebundenen Unternehmen für solche Hilfestellungen vor Ort meist keine entscheidungsrelevanten Ansprechpartner haben. Es wird sich an den Mittelstand richten, der hier vor Ort verankert ist. Den gilt es zu entwickeln, auch indem Städte und Gemeinden solche Entwicklungen bewusst gestalten wollen, dass man sich nicht überfahren lässt von starken Rechtsanwaltskanzleien, die große Grundstücke einwerben, sondern dass man sich Gedanken macht, an welchen Stellen eben nicht der 100-Hektar-Solarpark, sondern vielleicht die 5 oder 10 Hektar passend sind. Es gibt ein kommendes Projekt von einem Regionalen, was er noch nicht benennen darf. Hier geht es um etwas ganz Pragmatisches, etwas, was sowieso gemacht werden soll, wo man sieht, das könnte man mit einer Agro-Photovoltaik-Nutzung kombinieren. Es würde sich nichts an der angebauten Frucht ändern, sondern es gäbe vielleicht sogar einen Mehrwert dafür und es würde nicht mehr Fläche genutzt werden, sondern eine vorhandene Fläche mit Infrastrukturen. Das will Derjenige gern auch mit regionalen Energieversorgern umsetzen und nicht mit Irgendjemandem von außerhalb. Wenn uns das gelingen würde, dann wäre das vielleicht die beste Wahrscheinlichkeit um sicherzustellen, dass nicht gleich 2 bis 3 Jahre später verkauft wird, wobei ausschließen kann man das in der freien Marktwirtschaft nie.

Herrn Prehl interessiert, wie das Vorhaben bis zum Beschluss am 24.04. weitergehen soll. Ist es so geplant, dass eine Diskussion in der Fraktion erfolgen soll und formelle Änderungsvorschläge unterbreitet werden sollen, oder soll draußen mit den Leuten geredet werden, wie ist es genau gedacht, oder sollen die eigenen Ideen dazu übermittelt werden.

Herr Apel erläutert dazu, dass es bereits verschiedene Veranstaltungsformate gab, die auch komplett öffentlich waren. Einzelne Mitglieder, auch des Kreistages, haben sich in dem Prozess bereits seit 2020/2021 mit eingebracht. Das Strategische Regionalentwicklungskonzept ist sicherlich jetzt nicht geeignet, Änderungsanträge in der Kreistagssitzung abzuwägen. Deswegen wäre die Formulierung im Beschluss auch, dass der Kreistag es bestätigt und als Grundlage eben für dieses Fördervorhaben der Absorptionsfähigkeit, in dem Wissen, dass es nicht statisch ist, dass auch die Bestätigung des Vorhabens nicht automatisch bedeutet, dass man auch dem Industriepark damit zugestimmt hat. Denn die Maßnahmen, die im Rahmen des SREK benannt sind, sind damit nicht automatisch bestätigt. Bei jedem Vorhaben gibt es einen Projektträger, der den formalen Weg gehen muss, was die Finanzierung angeht und auch was die Genehmigung seines eigenen Gremiums angeht. Sicherlich ist es hilfreich für die Projekte, die hier genannt werden im SREK, wenn es darum geht, entsprechende Finanzierungen und Förderungen bei Fördermittelgebern bei Bund, Land und EU zu gewinnen. Es ist kein Automatismus, jedes Projekt muss seinen Weg und seine Herausforderung selbst noch gehen. Wenn es aber Anregungen gibt, wie von Herrn Wenzlau, dann fließen diese mit ein. In wenigen Wochen werden wahrscheinlich die konkreten Kriterien für die Initiative Flächenschutz bekannt sein. Wenn diese bestätigt sind, fließen auch diese mit ins SREK ein. Es ist also ein lebendes Dokument. Wenn der Kreistag diese Grundlage bestätigen kann, auch wenn er an der einen oder anderen Stelle noch Weiterentwicklungspotential sieht, wird dies aufgenommen und wenn wir die Förderung vom Bund bekommen, dann ist diese weitere Arbeit an dem Papier Teil des Prozesses für die nächsten 3 Jahre. D. h., wir nehmen die Hinweise gern auf, die Radwege, die nochmals angesprochen wurden und die anderen Dinge und wir müssen offen sein, für die Dinge, die wir noch nicht wissen können. Wir blicken in den Horizont für 10/15 Jahre, es wird immer wieder Einfluss-

faktoren geben, die einem Wandlungsprozess unterworfen sind. Hinweise sind also herzlich willkommen.

Herr Kühn betont, dass ihm persönlich wichtig ist, dass die doch sehr hohen Bonitäten, die wir in unseren Böden haben, der Landwirtschaft weiter zur Verfügung stehen. Darauf Photovoltaik zu verbauen hält er für Verschwendung. Zu den im Papier aufgeführten Industriebranchen betont er, dass beispielsweise die Kunststoffindustrie 2023/2024 einen Einbruch von 95 % zu verzeichnen hat. Alle großen Hersteller von Kunststoffmaschinen haben Riesenprobleme, ihre Maschinen loszuwerden, die Abwanderung ins Ausland ist halt da. Entsprechend findet er es gut, dass man auch auf solche Branchen schaut, die in den nächsten Jahren hochproblematisch werden, wo die Abwanderung noch weitergehen wird, von den Automobilzulieferern in Schmölln gar nicht zu reden. Wenn der Umbau auf Elektrofahrzeuge von statten geht, werden keine Kurbelwellen, Tanks oder Ölwannen gebraucht. Was wird mit diesen großen Betrieben mit über 500 Mitarbeitern werden, das sollte man beachten und ggf. unterstützen. Ansonsten wandern nicht 12.000 ab, sondern vielleicht 15.000 oder 20.000. Das möchte er zu bedenken geben.

## **TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 55. Sitzung vom 30. Januar 2024**

Von den 8 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde mit 6 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

## **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung vom 20. Februar 2024**

Von den 8 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde mit 6 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

## **TOP 4 Anfragen der Ausschusssmitglieder**

Frau Rath informiert, dass sie eine Anfrage von der Regelschule in Dobitschen erhalten hat. Die Schule hatte Fördermittel angefragt für die Fassadensanierung. Dafür wurde leider eine Absage erteilt und sie wurde gebeten zu hinterfragen, warum dies nicht möglich ist. Dies möchte sie hiermit tun.

Herr Wenzlau erläutert dazu, dass er bereits im vergangenen Jahr mit dem Schulleiter, Herrn Schädlich, und Mitarbeitern aus den Fachdiensten Schulverwaltung und Hochbau/Liegenschaften dort einen Ortstermin hatte. Dabei wurde über Probleme, die die Schule hat, gesprochen und die Sporthalle in Rolika angesehen, das Sportplatzgelände, und auch die Räumlichkeiten, wo sich die Kinder umziehen müssen. Seit vielleicht 2000 steht dort ein schönes hochgefördertes Vereinsgebäude mit vier getrennten Umkleebereichen und separaten Vereinsräumen usw. Unsere Kinder aber müssen sich unten in den Katakomben der ehemaligen Gaststätte umziehen, wo es keinerlei Bedingungen gibt, die man akzeptieren kann. Das hat der vorher so nicht gewusst, betont Herr Wenzlau. Sofort wurde mit dem Verein und dem Bürger-

meister dazu das Gespräch gesucht und eine Lösung ausgehandelt, sodass sich unsere Kinder jetzt in den Vereinsräumen für den Sportunterricht umziehen können, bei vernünftigen sanitären Bedingungen und Umkleideräumen. Es gab natürlich erst die Abwehr des Vereins, „das sind nicht unsere Kinder“ - es sind aber Kinder, die in der Regelschule in Dobitschen beschult werden und die Abwehr konnte schnell ausgeräumt werden. Wir sind dabei mit dem Schulleiter so auseinanderggegangen, dass, wenn er Ideen und Gedanken hat oder etwas Zusätzliches machen will, sich mit dem Fachbereichsleiter oder den Fachdienstleitern in Verbindung setzt. Es gab eine Schulveranstaltung in der RS Dobitschen, dort hat Herr Schädlich das Gespräch mit dem Minister gesucht. Er weiß aber, dass wir nur nach dem Haushaltsplan arbeiten können und wir sind derzeit dabei, in Dobitschen das Brandschutzkonzept umzusetzen. Herr Schädlich hat lediglich den Kontakt mit dem für die Schule zuständigen Mitarbeiter gesucht und leider ist das nicht so einfach, wie vom Minister eventuell in Aussicht gestellt wurde. Dazu hat er sich mit Herrn Schädlich verständigt. Es gibt keine 100-prozentigen Förderprogramme, man kann ein Pilotprojekt angehen, aber auch dafür braucht man Geld, Kraft und ein Schulkonzept und das kann man nicht innerhalb eines halben Jahres schaffen. Und das Ministerium kann - nach Rücksprache - nur über Gelder für 2024 sprechen. Das ist nicht zu schaffen. So wie Herr Schädlich sich das vorstellt, funktioniert es leider nicht. Natürlich kann er jederzeit einen Antrag stellen. Wir stellen das Vorhaben in den Haushaltsplan ein und können es dann mit der entsprechenden Vorbereitung auch realisieren, dann aber nicht nur eine Fassadenseite. Oder wir machen ein Pilotprojekt daraus, dann sind wir aber auch nicht mehr in 2024 und für die Vorbereitung wird auch Geld gebraucht, was wir jetzt nicht haben. Dann müssten wir entscheiden, Brandschutzkonzept wird ausgesetzt, ein Energiekonzept wird begonnen. Aus seiner Verantwortung heraus, so Herr Wenzlau, ist das Brandschutzkonzept vorrangig.

Herr Kühn stimmt ihm zu. Da er die Schule und auch den Umkleidebereich kennt, betont er, dass die Fassade der Schule das kleinere Problem ist. Auch für ihn ist klar, dass der Brandschutz und die Sicherheit der Kinder hier im Vordergrund stehen sollten.

Frau Rath bedankt sich für die Ausführungen, sie hatte diese umfänglichen Informationen so nicht bekommen.

Herr Wenzlau betont, dass er es begrüßt, wenn er hier dazu angesprochen wird. Leider war er von Herrn Schädlich in keiner Weise in den Prozess eingebunden, Herr Schädlich hat lediglich mit dem Objektverantwortlichen gesprochen. Er selbst wurde erst durch die Beschwerdemail an den Landrat in Kenntnis gesetzt.

***Zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils war die Sitzung von 19:22 Uhr bis 19:56 Uhr unterbrochen.***

**V-WUBA/0142/2024 nö**

**TOP 5    Beschluss zur Vergabe von Bauleistungen >250.000,00 Euro, HB-B 057-2023-15 Schloßstraße 10 in 04626 Schmölln, Umnutzung des ehemaligen Schulgebäudes als Verwaltungsgebäude, Los 15 - Sanitär-Heizung-Lüftung**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau fasst folgenden Beschluss:

**Beschluss Nr. 140:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau beschließt, den Zuschlag für Los 15 - Sanitär-Heizung-Lüftung zum Bauvorhaben Schloßstraße 10 in 04626 Schmölln, Umnutzung des ehemaligen Schulgebäudes als Verwaltungsgebäude der Firma

**Rainer Schade GmbH & Co. KG  
Kommanditisten Herr Patrick Schade  
Röthenitzer Weg 9  
04626 Altkirchen**

auf das Angebot vom 27.02.2024 mit einer Bruttoangebotssumme in Höhe von **608.266,56 Euro** (inklusive Wartung) zu erteilen.

Die (daraus entfallenden) Wartung der Sanitär- und Trinkwasseranlage gemäß Titel 4.1 mit einer Bruttosumme von 1.190,00 Euro, die Wartung der Heizungsanlage gemäß Titel 4.2 mit einer Bruttosumme von 2.120,58 Euro und die Wartung der Lüftungsanlage gemäß Titel 4.3 mit einer Bruttosumme von 804,44 Euro werden separat beauftragt (Wartungsverträge).

Die Auftragssumme der Bauleistungen beträgt 604.151,54 Euro brutto.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 8 beschließenden Mitgliedern Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen gefasst.

**V-WUBA/0143/2024 nö**

**TOP 6 Beschluss zur Vergabe von Planungsleistungen > 25.000 Euro - Planung von Freianlagen für den Erweiterungsbau Sozialtrakt und Sanierung historische Turnhalle am Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasium Meuselwitz. Staatl. Gymnasium, Schulstr. 22 in 04610 Meuselwitz**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau fasst folgenden Beschluss:

**Beschluss Nr. 141:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau beschließt die Vergabe der Planungsleistungen der Freianlagen für den Erweiterungsbau Sozialtrakt und Sanierung historische Turnhalle am Veit-Ludwig-von-Seckendorff-Gymnasium in Meuselwitz an

**sLandART  
Landschaftsarchitektur bdl  
Herrn Stefan Leiste  
Dresdner Straße 38a  
09130 Chemnitz**

mit einer vorläufigen Gesamthonorarsumme in Höhe von **37.936,87 EUR** (brutto).

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 8 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen gefasst.

V-WUBA/0144/2024 nö

**TOP 7 Beschluss zur Vergabe von Planungsleistungen > 25.000 Euro - Objektplanung Gebäude und Tragwerksplanung für die Umsetzung von Brandschutzauflagen, Staatliche Grundschule Thonhausen, Dorfstr. 16 in 04626 Thonhausen**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

V-WUBA/0146/2024 nö

**TOP 8 Beschluss zu Nachtragsleistungen zur Vergabe HB-B 014-2022-8 Lindenau-Museum Altenburg, Gabelentzstraße 5, 04600 Altenburg, Grundsanierung und Restaurierung, Los 8 - Spezialtiefbau - Nachtragsangebot 2**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau fasst folgenden Beschluss:

**Beschluss Nr. 142:**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Bau beschließt, den geprüften 2. Nachtrag für Los 8 - Spezialtiefbau - zum Bauvorhaben Lindenau-Museum Altenburg, Gabelentzstraße 5, 04600 Altenburg, Grundsanierung und Restaurierung – der Firma

**Himmel und Papesch Bauunternehmung GmbH  
Geschäftsführer Dipl.-Ing. Jörg Gnauert  
Max-Planck-Straße 4  
36179 Bebra**

mit einer verhandelten Nachtragssumme von 681.785,21 Euro auf das Nachtragsangebot vom 04. März 2024 zu erteilen. Die Auftragssumme erhöht sich dadurch auf 2.899.786,99 Euro.

**Abstimmungsergebnis:**

Von den 8 beschließenden Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Bau waren zur Abstimmung 7 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen gefasst.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kühn, schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Altenburg, den 26. April 2024

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Steffen Kühn  
Ausschussvorsitzender

Kerstin Reichardt  
FB 3